

EUROPAWAHL Am 7. Juni wählen die EU-Bürger ein neues Parlament.

EU-Parlament ist mächtig, aber unbekannt

Das Parlament der EU sieht sich als die Stimme einer halben Milliarde Menschen in Europa. Seine Macht steigt stetig. Dennoch nimmt bei den Bürgern die Apathie zu.

Von **Stephan Israel, Brüssel**

Pünktlich vor den Sommerferien werden Handygespräche zwischen Feriendestination und Heimat billiger. Jeder EU-Abgeordnete wird im Wahlkampf vor der Europawahl am 7. Juni daran erinnern, denn schliesslich hat er mit seinem Votum dazu beigetragen, dass Bürgerinnen und Bürger jetzt direkt und spürbar von Europa profitieren können. Die neue Bestimmung, dass nach den Flugpassagieren auch Bus- und Schiffsreisende bei Verspätungen ein Recht auf Entschädigung haben, könnte auch einige Stimmen bringen. Und das eben beschlossene Einfuhrverbot von Robbenprodukten müsste zu Hause bei den Wählern ebenfalls gut ankommen.

Die EU-Parlamentarier suchen die Nähe zum Bürger, doch an der Basis schlagen ihnen oft nur Vorurteile oder gar Apathie entgegen. Bei der Wahl am 7. Juni könnte die Stimmhaltung laut Umfragen einen neuen Rekord erreichen. Seit die EU-Bürger ihre Abgeordneten in Strassburg per Direktwahl bestimmen können, hat die Beteiligung kontinuierlich abgenommen. Gleichzeitig hat das Europaparlament in den letzten 30 Jahren – kaum bemerkt – immer mehr an Einfluss gewonnen. Rund 80 Prozent aller nationalen Gesetze haben ihren Ursprung in EU-Richtlinien. Und fast überall können die EU-Abgeordneten inzwischen mitreden, angefangen beim Konsumentenschutz über das Asylrecht bis hin zur Klimapolitik.

Wichtiger Erfolg gegen Industrie

Fast jedem Entscheid in Brüssel drücken die Europaparlamentarier ihren Stempel auf. Neben dem Kampf für niedrigere Roaminggebühren zählen die Abgeordneten etwa die Chemieverordnung «Reach» zu ihren grössten Erfolgen. «Reach» verpflichtet die Industrie, 10 000 Stoffe zu registrieren und gefährliche Chemikalien aus dem Verkehr zu ziehen. Auch dafür, dass Patientenrechte grenzüberschreitend anerkannt werden, haben sich die EU-Parlamentarier eingesetzt. Anders als in den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten gibt es im EU-Parlament keine festen Mehrheiten. Das macht es auch für Lobbyisten attraktiv, auf Abgeordnete einzuwirken. Die Interessensvertreter haben als Erste die neue Macht des Europaparlaments erkannt.

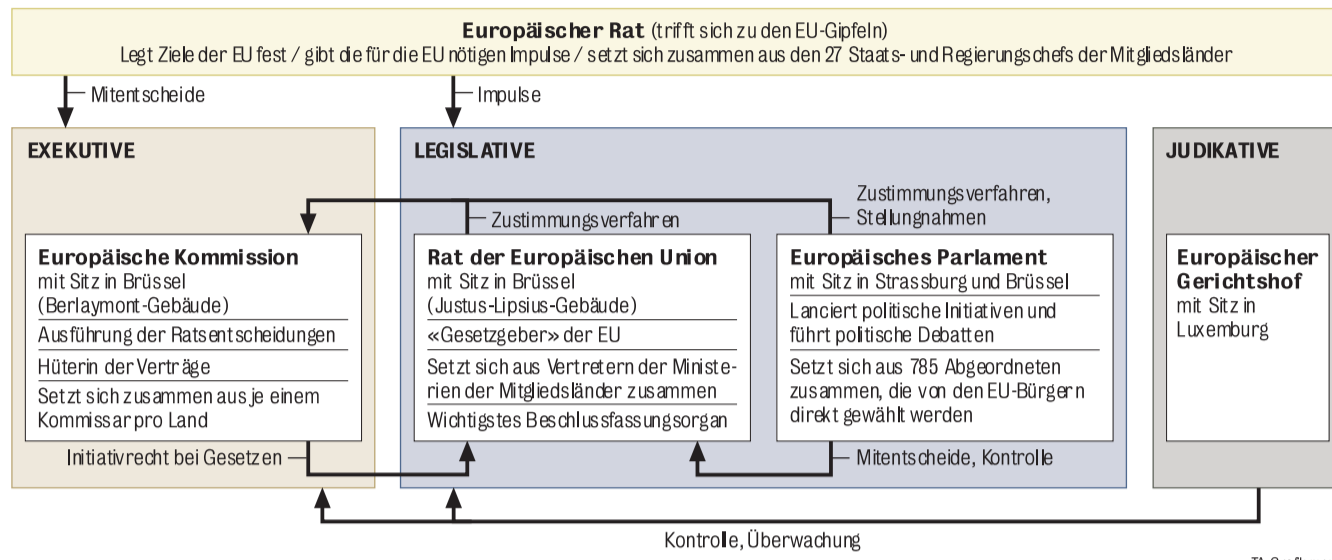
Die EU-Kommission als Europas Ersatzregierung und die Mitgliedsstaaten können nicht damit rechnen, dass die Abgeordneten Gesetze einfach durchwinken. Im Gegenteil, mehr als 50 Prozent aller Änderungsvorschläge der EU-Parlamentarier fließen am Ende in das Gesetz ein. Die künftig noch 736 EU-Parlamentarier haben deshalb an Selbstbewusstsein gewonnen. Kurz vor der Wahl Anfang Juni blockierte das EU-Parlament etwa einen Deal zwischen Kommission und Ländern, mit dem die Grenze der Höchstarbeitszeit von 48 Wochenstunden gelockert worden wäre. Einzig die Landwirtschafts- und Aussenpolitik sind noch ausschliessliche Domäne der EU-Kommission beziehungsweise der Mitgliedsstaaten. Dies könnte sich aber bald ändern, wenn Anfang 2010 der Reformvertrag von Lissabon doch noch in Kraft tritt.

Skandale werden wahrgenommen

Trotz aller Wohltaten der EU-Parlamentarier für die Bürger bleibt die Entfernung zwischen dem Politikbetrieb in Strassburg und der Basis gross. Dort nimmt man noch am ehesten die Skandale wahr, mit denen die Abgeordneten von sich reden machen. So sorgten wenig transparente Bestimmungen bei Spesen und Unregelmässigkeiten bei der Entschädigung der Assistenten für Schlagzeilen. Abgeordnete durften sich Flugtickets in der Businessklasse vergüten lassen, auch wenn sie mit Billigairlines unterwegs waren. Und einige schwarze Schafe nutzten die grosszügige «Sekretariatszulage», um Familienangehörige zu beschäftigen.

Für den jährlich 200 Millionen Euro teuren «Wanderzirkus» zwischen Brüssel und Strassburg können die EU-Parlamentarier allerdings nichts: Weil es das Gründungsmitglied Frankreich so will, muss das Europaparlament neben den Ausschusssitzungen in Brüssel jeden Monat eine Woche in Strassburg tagen.

Die Institutionen der Europäischen Union



Abstimmung im Europaparlament in Strassburg: Die Abgeordneten drücken jedem EU-Entscheid den Stempel auf.

Schweizer leisten der EU Entwicklungshilfe mit Spinnennetz

Den Schweizer Stimmbürgern sind die Spider-Grafiken bekannt. Nun nützt das Knowhow von Smartvote den EU-Bürgern als Orientierungshilfe vor der Europawahl.

Von **Stephan Israel**

Dank Schweizer Technologie könnte es den 375 Millionen EU-Bürgern leichter fallen, im Dickicht der Parteien am 7. Juni die richtige Wahl für das Europaparlament zu treffen. Die Grafiken in Form eines Spinnennetzes sind den Schweizer Stimmberechtigten seit den eidgenössischen Wahlen von 2003 vertraut. Dahinter steht der Verein Smartvote.ch, der nun bei den Wahlen für das EU-Parlament erstmals mit europäischen Partnern den EU-Profilier (www.euprofiler.eu) anbietet.

Die Schweiz leistet Entwicklungshilfe vor dem Wahlmarathon in den 27 Mitgliedsstaaten. «Mit unseren 26 Kantonen und den drei Sprachen kennen wir uns mit komplizierten Strukturen aus», sagt der Schweizer Politologe Andreas Ladner: «Wir haben ein gewisses Vorwissen, wie so etwas funktioniert.» Ladner sitzt im Lenkungsausschuss von EU-Profilier, zusammen mit den Partnern in den Niederlanden und in Italien. Mit 24 Sprachen ist die Komplexität des EU-Profilier allerdings noch etwas grösser als bei Smartvote.

Über eine halbe Million Anfragen

Hinter den Spider-Grafiken aus der Schweiz steckt die Idee, Politik in mehre-

ren Dimensionen darzustellen. Wenn der Wähler auf der Internetplattform alle 30 Fragen zu Europa, Sozialstaat oder zur Gesundheitspolitik beantwortet hat, weiss er, welche der Parteien im Angebot seinen politischen Präferenzen entsprechen könnten. Anders als bei Smartvote wurden als Grundlage aber nicht die Parlamentarier befragt, sondern Parteiprogramme verglichen. Wissenschaftler am Europa-Institut in Florenz hatten die Mammutaufgabe, die Programme von 280 Parteien zu kodieren.

Abgeordnete sind kaum bekannt

Für Andreas Ladner geht es darum, den bewussten Wähler zu schaffen: «Der Wähler soll wissen, wofür die Parteien stehen.» Die EU-Abgeordneten leiden darunter, dass sie im Gegensatz zu nationalen Parlamentariern für ihre Wähler unbekannt sind. In Brüssel herrscht deshalb vor der Wahl Anfang Juni Alarmstimmung, weil Prognosen von einem weiteren Rückgang der traditionell niedrigen Beteiligung ausgehen. Ladner will den EU-Profilier aber nicht als Instrument sehen, um die Wahlbeteiligung anzukurbeln. Das Internet-Tool sei ein Hilfsmittel, eine zusätzliche Information für den Wähler. Ganz nebenbei schafft die Plattform auch ein kleines Stück europäische Öffentlichkeit. Immerhin eine halbe Million EU-Bürger hat in den ersten Wochen den Onlinefragebogen schon ausgefüllt. Neben den Bürgern aus den Mitgliedsstaaten können übrigens auch interessierte Schweizer die Fragen beantworten und dabei erfahren, welche Parteien sie wählen müssten, wäre die Schweiz ein EU-Mitglied.

www.euprofiler.eu

Einige möchten Barroso loswerden

Brüssel. – EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ist der grosse Verlierer im Brüsseler Machtgefüge. Der Portugiese möchte im Herbst von Mitgliedsstaaten und EU-Parlament ein Mandat für eine zweite Amtszeit. Linke und Grüne im Parlament der Europäischen Union möchten den konservativen Politiker allerdings gerne loswerden. Auch in einigen EU-Hauptstädten wirft man Barroso vor, die Finanz- und Wirtschaftskrise verschlafen zu haben.

Der Kommissionspräsident habe vom mächtigen Instrument des Initiativmonopols kaum Gebrauch gemacht. Er habe Sarkozy, Merkel, Brown und Co. mit Blick auf seine Wiederwahl nach dem Mund geredet und die kleineren Länder vernachlässigt, lautet der Vorwurf. Neben dem EU-Parlament hat auch der Ministerrat der Mitgliedsstaaten auf Kosten der EU-Kommission an Einfluss gewonnen. Die grossen Staaten mit Frankreichs Präsident Sarkozy an der Spitze haben vom Vakuum der Barroso-Kommission profitiert und eigene Initiativen gesetzt.

Viele wollen schwachen Präsidenten

Barroso kann sich aber trotzdem Hoffnung machen, möglicherweise schon am EU-Gipfel nach der Europawahl Anfang Juni als sein eigener Nachfolger bestimmt zu werden. Die europäischen Sozialdemokraten hätten zwar gerne vor der Europawahl einen Gegenkandidaten aufgestellt. Einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten ist aber daran gelegen, einen schwachen und blossen Kommissionspräsidenten in Brüssel zu wissen. Selbst die sozialistischen Regierungen Grossbritanniens, Spaniens und Portugals wollen Barroso eine zweite Chance geben. (sti)

Beim Witzeln über Fidel gefilmt

Die kubanische Regierung hat die Absetzung zweier ehemaliger Zöglinge von Fidel Castro gerechtfertigt. Dafür lud sie zu einer Videovorführung.

Von **Sandro Benini, Mexico City**

Der Entscheid hat selbst gestandene Kuba-Experten überrascht: Anfang März schickte Raúl Castro zwei Männer in die Wüste, die zuvor als Zöglinge seines Bruders Fidel und sogar als mögliche Präsidenten der Nach-Castro-Ära gegolten hatten: Aussenminister Felipe Pérez Roque sowie den Sekretär des Ministerrats, Carlos Lage. Seit einigen Wochen bekommen nun ausgewählte Mitglieder der Armee, des Innenministeriums sowie der kommunistischen Partei Videoaufzeichnungen zu sehen, welche die Absetzung begründen sollen.

Obwohl die Zuschauer unter strengster Schweigepflicht stehen, sind einige Details an die Öffentlichkeit gedrungen. Ein Informant sagte gegenüber der spanischsprachigen Ausgabe des «Miami Herald», die Vorführungen fänden jeweils in einem Saal des Zentralkomitees in Havanna statt. Manchmal werde ein nahezu 3-stündiges Video gezeigt, ein anderes dauere 7 Stunden. Darauf sei unter anderem zu sehen, wie Pérez Roque und Lage Witze über Fidels Erkrankung sowie sein fortgeschrittenes Alter reissen. Ausserdem äussern sie sich abschätzig über die Fähigkeiten von Raúl Castro. Ein weiterer Ausschnitt zeigt, wie der fuchsteufelswilde Staatschef während einer Sitzung des Politbüros die beiden Sünden zusammenstaucht. Nach ihrer Entlassung schrieben Pérez Roque und Lage Entschuldigungsbriefe, die in den ausnahmslos gleichgeschalteten kubanischen Zeitungen veröffentlicht wurden.

Videos für spanischen Geheimdienst

Laut Gerüchten sind die verräterischen Videos auf dem Landsitz des kubanischen Unternehmers Conrado Hernández entstanden, der die wirtschaftlichen Interessen des Baskenlandes vertritt und mit Lage eng befreundet ist. Angeblich liess Hernández die beiden hochrangigen Politiker heimlich filmen, um das Material dem spanischen Geheimdienst zur Verfügung zu stellen. Dessen Spione sollten erfahren, wie Castro-kritisch die neue kubanische Elite denkt und welche Veränderungen zu erwarten seien.

Doch der kubanische Geheimdienst kam dem Unternehmer auf die Schliche: Als er Mitte Februar nach Bilbao reisen wollte, wurde er auf dem Flughafen von Havanna verhaftet. Danach fielen den Behörden wohl auch seine Videos in die Hände. Und vor wenigen Tagen wurden mehrere spanische Agenten des Landes verwiesen.

Es ist nicht das erste Mal, dass das kubanische Regime überraschende Entscheide zu rechtfertigen versucht, indem es seinen Funktionären Videos zeigt. So gibt es etwa eine zweistündige Aufzeichnung über die angeblichen Verfehlungen des früheren Aussenministers Roberto Robaina, der 1999 abgesetzt wurde. Doch im Moment wollen die Brüder Castro allfällige Abweicher wohl mit besonderer Eindringlichkeit warnen. Denn die Wirtschaftskrise setzt Kuba derart zu, dass die Regierung selbst die berühmten-berühmten «apagones» wieder ins Auge fasst: Stromabschaltungen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er-Jahren oft bis zu 12 Stunden dauerten.

REKLAME KC277-T

075

Kaderstellen

Plus Beiträge zu aktuellen Wirtschaftsthemen und ausgewählten Seminaren.
Ihr Chancen-Check heute in ALPHA

ALPHA gehört zum Tamedia Stellenmarkt,
Werdstrasse 21, 8021 Zürich,
Tel. +41 (0)44 248 10 10, info@alpha.ch